

Kleine Anfrage

Kinderärztliche Versorgung in Liechtenstein

Frage von Landtagsvizepräsidentin Franziska Hoop

Antwort von Regierungsrat Emanuel Schädler

Frage vom 01. Oktober 2025

Die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Liechtenstein ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung. Seit einiger Zeit zeigt sich, dass die verfügbaren Kapazitäten in der Kinderheilkunde sehr begrenzt sind. Besonders im Unterland ist die Lage angespannt, da dort nur ein Kinderarzt tätig ist, der Ende Dezember 2026 in Pension geht. Danach werden landesweit lediglich noch drei Kinderärzte verfügbar sein.

Eine freie Wahl des Kinderarztes ist damit kaum möglich, da die Kapazitäten unter den bestehenden Praxen aufgeteilt werden müssen. Am Liechtensteinischen Landesspital gibt es derzeit keine kinderärztliche Sprechstunde. Zunehmend sind auch werdende Eltern mit der Situation konfrontiert, dass sie für ihr Kind keinen betreuenden Kinderarzt finden.

Fragen

- * Wie viele OKP-Stellen für Kinderheilkunde stehen Liechtenstein aktuell zur Verfügung?
- * Wie viele davon sind derzeit besetzt und wie viele in einem Jahr unter Berücksichtigung der Pensionierungen?
- * Wie beurteilt die Regierung die aktuelle Versorgungslage und sieht sie eine akute Versorgungslücke?
- * Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen sind geplant, um die kinderärztliche Versorgung sicherzustellen?
- * Wie ist der Stand betreffend eine kinderärztliche Sprechstunde am Landesspital?

Antwort vom 03. Oktober 2025

zu Frage 1:

Derzeit stehen gemäss der Bedarfsplanung 550 Stellenprozent für den Bereich der Pädiatrie zur Verfügung.

zu Frage 2:

Von den gemäss der Bedarfsplanung zur Verfügung stehenden 550 Stellenprozenten sind derzeit 500 Prozent besetzt, wovon 400 % im Inland vergeben sind. Weitere 100 Stellenprozente sind in die Schweiz vergeben. Derzeit hat ein Kinderarzt (100 %) seine Pensionierung per Ende 2026 in Aussicht gestellt.

zu Frage 3:

Die Regierung beurteilt die aktuelle Versorgungslage als unzureichend, weshalb sie bereits verschiedene Massnahmen bei den Tarifpartnern in Auftrag gegeben hat.

zu Frage 4:

Das Ministerium für Gesellschaft und Justiz hat dem Liechtensteinischen Versicherungsverband (LKV) sowie der Liechtensteinischen Ärztekammer (LAEK) im Juli 2025 den Auftrag gegeben, eine angepasste Vereinbarung über die ambulante ärztliche Bedarfsplanung in den Bereichen «Grundversorgung», «Kinder- und Jugendmedizin», «Gynäkologie und Geburtshilfe» sowie «Psychiatrie» bis Ende September zu erarbeiten und vorzulegen. Mit den Anpassungen sollen die wesentlichen Hindernisse bei der Rekrutierung neuer Ärztinnen und Ärzte bestmöglich beseitigt werden.

Das Liechtensteinische Landesspital wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Kantonsspital Graubünden sowie dem Ostschweizerischen Kinderspital mögliche Lösungen für eine kinderärztliche Versorgung in den Räumlichkeiten des Liechtensteinischen Landesspitals zu prüfen. Eine Umsetzung ist für 2026 vorgesehen, um die bestehenden Kapazitätsengpässe im Bereich der Kinderärzte zu entschärfen.

Darüber hinaus befinden sich LKV und LAEK mit weiteren möglichen Leistungserbringen in der Schweiz in Gesprächen, um eine vollständige Besetzung der gemäss Bedarfsplanung vorhandenen Stellen per 01.01.2026 sicherzustellen. Diese befristete Anbindung von neuen Praxen im angrenzenden Ausland sollte die Kapazitätsengpässe vorübergehend auflösen, bis eine erfolgreiche Stellenbesetzung von Ärzten im Inland erfolgen kann.

Ebenfalls wurden die Tarifpartner LAEK und LKV beauftragt, die gemäss Bedarfsplanung vorhandenen unbesetzten sowie die in absehbarer Zeit freiwerdenden Stellen im Bereich der Pädiatrie im deutschen Sprachraum prominent auszuschreiben und aktiv, um Kinderärztinnen und Kinderärzte zu werben.

Seitens der Regierung werden zudem im Bereich der Kindervorsorge und -gesundheit bereits bestehende Angebote und deren Ausbau, wie beispielsweise die Mütter- und Väterberatung, weiterhin unterstützt, um die bestehenden Kinderärzte zu entlasten.

zu Frage 5:

Wie bereits erwähnt, wurde das Landesspital mit der Erarbeitung einer tragfähigen Lösung für eine kinderärztliche Versorgung vor Ort beauftragt. Derzeit führt es Gespräche mit dem Kantonsspital Graubünden sowie dem Ostschweizerischen Kinderspital. Eine Lösung soll 2026 umgesetzt werden.